

Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im ersten Halbjahr 2013

BT-Drucksache 17/14132

Vorbemerkung der Fragesteller:

Internationale Zusammenarbeitsformen von Zoll, Polizeien und Geheimdiensten finden häufig in Arbeitsgruppen statt, die parlamentarisch schwer zu kontrollieren sind. Vielfach wird auf informelle Strukturen zurückgegriffen, selbst wenn deren Tätigkeitsfelder mittlerweile von EU-Agenturen übernommen werden.

Das Bundeskriminalamt nimmt beispielsweise immer noch an der „Police Working Group on Terrorism“ (PWGT) teil, die 1979 zum „Informationsaustausch bei terroristischen Anschlägen“ gegründet wurde, seit 2000 aber auch helfen soll, „politische gewalttätige Aktivitäten“ zu verhindern (Bundestagsdrucksache 17/13440). Zur Wirtschaftsförderung deutscher Trojaner-Software im Ausland richtete das Bundeskriminalamt (BKA) eine „Remote Forensic Software User Group“ ein, die zuvor als „DigiTask User Group“ firmierte (Bundestagsdrucksache 17/8958).

Seit einigen Jahren haben sich innerhalb der EU „gemeinsame Polizeioperationen“ („Joint police operations“, JPO), „Gemeinsame Zolloperationen“ („Joint customs operations“ JCO) sowie „Joint customs police operations“ (JCPO) etabliert (Bundestagsdrucksache 17/6856). Regelmäßige EU-weite Kontrollmaßnahmen werden von den thematischen Netzwerken AQUAPOL (Schifffahrt), TISPOL (Verkehr), RAILS (Schiementransporte), AIRPOL (Flughäfen) verantwortet.

Im Bezug auf die internationale Zusammenarbeit erhält die EU-Polizeiagentur immer mehr Kompetenzen. Arbeitsabkommen und andere Kooperationen werden auch mit „Drittstaaten“ verhandelt. Die Anstrengungen richten sich auch gegen grenzüberschreitende linke Protestformen (Bundestagsdrucksache 17/9756). Zu sogenanntem Euroanarchismus betreibt das BKA einen „Informationsaustausch“ mit Behörden Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Griechenlands und der Schweiz. Entsprechende Erkenntnisse werden regelmäßig in der Ratsarbeitsgruppe Terrorismus diskutiert und in der Analysearbeitsdatei „Dolphin“ gespeichert. Seit 2007 bemüht sich die Bundesregierung nach Kräften, linke Demonstranten in einer politische Datensammlung zu „reisenden Gewalttätern“ auf EU-Ebene zu speichern (Bundestagsdrucksache 17/7018).

Zwar arbeitet das BKA auch im EU-Projekt „Expert Meeting Against Right Wing Extremism“ (EMRE) mit, an dem auch Österreich, Schweden und die Schweiz teilnehmen. Die internationale Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus ist indes schwach ausgeprägt. Das EMRE befasst sich im Projekt „Konfrontation: Rechts-/Links-Auseinandersetzung“ überdies mit linken und antifaschistischen Reaktionen auf rechte Gewalt. Bekanntlich befassen sich auch die „European Cooperation Group on Undercover Activities (ECG)“ und die „International Working Group on Undercover Policing (IWG)“, in denen sich die Führer verdeckter Ermittler/ Ermittlerinnen organisieren, mit der Infiltration internationaler linker Zusammenhänge (Bundestagsdrucksache 17/9844). Eine „Cross-Border Surveillance Working Group“ (CSW) vernetzt Mobile Einsatzkommandos aus zwölf EU-Mitgliedstaaten sowie die EU-Polizeiagentur Europol zu grenzüberschreitenden Observationstechniken (Bundestagsdrucksache 17/5677). Mit ähnlichem Ziel treffen sich Angehörige von Polizeien mehrerer EU-Regierungen im Projekt „International Specialist Law Enforcement“ (ISLE). Im 2009 begonnenen Vorhabens wird der Austausch und die Vermittlung von Kenntnissen zum heimlichen Eindringen in Räume, Fahrzeuge und elektronische Geräte vorangetrieben (Bundestagsdrucksache 17/10713). Seit 1992 ist die Bundesregierung Mitglied des „Europäischen Institut für Telekommunikationsnormen“ (ETSI), das unter anderem weltweit gültige Standards zur Überwachung von Telekommunikation („Lawful Interception“) entwickelt (Bundestagsdrucksache 17/11239).

Zum Austausch von Einsatzformen trafen sich Polizeien und Gendarmerieeinheiten vieler EU-Mitgliedstaaten in den „European Police Force Trainings“ (EUPFT) (Bundestagsdrucksache 17/3316). Rahmenbedingungen für dort ebenfalls geübte Taktiken zur Handhabung großer Demonstrationen wurden zuvor im mehrstufigen Forschungsprojekt „Coordinating National Research Programmes and Policies on Major Events Security“ (EU-SEC) erstellt, deren Ergebnisse aber nicht öffentlich verfügbar sind (Bundestagsdrucksache 17/7018). Als Nachfolge des EUPFT hatte die Europäische Kommission unter dem Namen „European Union Police Services Training“ (EUPST) ähnliche Trainings ausgeschrieben, die nun dem zivil-militärischen Europäischen Auswärtigen Dienst unterstehen sollen. (Bundestagsdrucksache 17/7018). Daneben richtet die EU ein „Europe's New Training Initiative for Civilian Crisis Management“ (ENTRi) ein.

Neben den Institutionen und Arbeitsgruppen auf EU- bzw. internationaler Ebene kooperieren Behörden des Bundesministeriums des Innern (BMI) bilateral mit bestimmten Ländern. Seit 2008 wird mit den USA in einer „Security Cooperation Group“ (SCG) zusammengearbeitet. Eine „EU-US Working Group on Cybersecurity and Cybercrime“ bereitet die Beteiligung an Übungen vor, an denen alle US-Streitkräfte teilnehmen. In Stuttgart hat das US-Militär ein „Joint Interagency Counter Trafficking Center“ (JICTC) eingerichtet, das mit der Bekämpfung von „Drogen-, Waffen- und Menschenhandel so-

wie Terrorismus“ Polizeiaufgaben übernimmt (Bundestagsdrucksache 17/11101). Angehörige des „Heimatschutzministeriums“ sprechen an Flughäfen innerhalb der EU „Empfehlungen“ an Fluggesellschaften aus, Reisenden die Beförderung zu versagen (Bundestagsdrucksache 17/6654).

In Antworten zu den aufgeführten Kooperationen betont die Bundesregierung häufig, es handele sich dabei lediglich um einen „Gedankenaustausch“. Bei etwaigen Treffen würden lediglich Rahmenbedingungen erörtert und keine operativen Maßnahmen verabredet. Die Zusammenarbeitsformen dürften aber von grundlegender Bedeutung für spätere grenzüberschreitende Zwangsmaßnahmen sein. Die Bundesregierung ist dazu übergegangen, große Teile der Fragen zur Praxis der Polizeinetzwerke nicht öffentlich zu beantworten. Demgegenüber sind die Fragesteller und Fragestellerinnen der Ansicht, dass über deren Agieren eine größtmögliche öffentliche Auseinandersetzung geführt werden muss.

1. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des „European Network of Law Enforcement Technology Services“ (ENLETS) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 1 a:

ENLETS hat am 19. und 20. Februar 2013 in Dublin, Irland, eine Tagung veranstaltet.

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Zu 1 b:

Das Treffen wurde durch die irische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Kerngruppe aus interessierten Staaten, die sich beim Treffen im Februar 2012 gebildet hatte (Belgien, Griechenland, Frankreich, Zypern, Niederlande, Polen, Finnland und das Vereinigte Königreich), vorbereitet.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Zu 1 c:

Im Rahmen des Treffens wurden Präsentationen der teilnehmenden Staaten verteilt.

d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu1d:

- Eröffnung
- Präsentation des Leiters der Kerngruppe zur Arbeit der Kerngruppe
- Präsentation von Europol zur Europol Expertenplattform
- Update zur Diskussion im Ständigen Ausschuss für die innere Sicherheit (COSI) zur künftigen Arbeit von ENLETS
- Diskussion mit DG HOME und DG Enterprise
- Verschiedene Präsentationen

e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu1e:

Behörden der Bundesregierung hatten keinen Einfluss auf die Gestaltung der Tagesordnung.

f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu1f:

Es nahmen Personen aus 19 EU-Mitgliedstaaten sowie ein Mitarbeiter von Europol teil. Für Deutschland nahm ein Mitarbeiter der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster teil.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/-innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu1g bis j:

ENLETS beriet über den Entwurf von Ratsschlussfolgerungen zur verstärkten Einbeziehung der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden in die sicherheitsbezogene Forschung und Industriepolitik (DOK 9814/13 endg.). Nach diesen im Mai 2013 beschlossenen Ratsschlussfolgerungen wird die ENLETS-Kerngruppe als die Technologie-Beobachtungsstelle der Europäischen Union (EU), die für die Forschung und In-

dustriepolitik im Bereich innere Sicherheit zuständig sein wird, mit folgenden Aufgaben betraut:

- aufmerksame Beobachtung und Koordinierung der Entwicklung neuer Technologien sowie Unterstützung proaktiver Kontakte mit Forschungsinstituten und der Industrie,
- EU-weite Bestandsaufnahme des Endnutzerbedarfs der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden für die betreffenden europäischen Organe/Institutionen, insbesondere die Kommission, sowie für Forschungsinstitute und die Industrie,
- Austausch von Wissen über bewährte Praktiken, innovative Ideen und Forschungsprojekte in den Mitgliedstaaten und Agenturen,
- Unterstützung bei der Festlegung technischer Standards (Leitlinien und bewährte Verfahren) als Bezugspunkte für die Mitgliedstaaten,
- Unterstützung im Hinblick darauf, den Mitgliedstaaten bei Ausschreibungen zum Ankauf von Technologie zu Strafverfolgungszwecken technische Beratung zur Verfügung zu stellen,
- Unterstützung im Hinblick darauf, der Kommission im Zusammenhang mit entsprechenden Vergabeverfahren technische Beratung zur Verfügung zu stellen,
- Sondierung von Finanzierungsmöglichkeiten, einschließlich des Fonds für die innere Sicherheit und des Rahmenprogramms "Horizont 2020", sowie Nutzung des ENLETS, um zu gewährleisten, dass die für die innere Sicherheit zuständigen Behörden für den Follow-up im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Forschung und Industrie sorgen,

Hierfür soll die ENLETS-Kerngruppe

- als zentrale Kontaktstelle für die die Strafverfolgung betreffenden technischen Dienste der Mitgliedstaaten dienen,
- als zentrale Kontaktstelle für eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommissionsdienststellen, insbesondere der Gemeinsamen Forschungsstelle, dienen und sie gegebenenfalls zu den Sitzungen der Kerngruppe einladen,
- als zentrale Kontaktstelle zwischen Endnutzern und Technologieanbietern auf EU-Ebene dienen,
- eng mit Frontex, Europol, CEPOL und der IT-Agentur zusammenarbeiten und sie gegebenenfalls zu den Sitzungen der Kerngruppe einladen,
- die Bestandsaufnahme des Bedarfs der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden alljährlich aktualisieren,
- einschlägige Informationen und Informationsanfragen der vorstehend genannten Einrichtungen an ENLETS weiterleiten,

- Vorschläge und gemeinsame Initiativen für die ENLETS-Sitzungen ausarbeiten.

Daneben wurde beschlossen, dass ENLETS gezielt Workshops für relevante Akteure organisiert. Die Kerngruppe soll eine Auffassung zu „Horizont 2020“ entwickeln und an die Kommission weiterleiten. Die ENLETS-Mitglieder sollen nationale Netzwerke zu Themen der technologischen Sicherheitsforschung aufbauen und dabei mit anderen Untergruppen der Ratsarbeitsgruppe Strafverfolgung kooperieren.

Einzelne Diskussionsbeiträge der deutschen Teilnehmer lassen sich nicht mehr rekonstruieren.

Das nächste Treffen soll unter der litauischen Ratspräsidentschaft stattfinden. Die Kerngruppe ist beauftragt, das Treffen mit der Troika vorzubereiten.

2. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚Task Force der europäischen Polizeichefs‘ (EPCTF) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?“*

Zu 2 a bis j:

Die „Task Force der europäischen Polizeichefs“ (EPCTF) wurde mit der Arbeitsaufnahme des „Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit“ (COSI) gemäß Artikel 71 Arbeitsweise der Europäischen Union

(AEUV) im Jahr 2010 abgeschafft. Im ersten Halbjahr 2013 hat kein Treffen der europäischen Polizeichefs stattgefunden.

3. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des 'International Specialist Law Enforcement' (ISLE) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen 'Gedankenaustausch' gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 3 a bis j:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen hat im ersten Halbjahr 2013 kein Treffen, keine Telefonkonferenz oder sonstige Zusammenkunft der „International Specialist Law Enforcement“ (ISLE) stattgefunden.

4. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der 'European Cooperation Group on Undercover Activities' (ECG) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 4 a:

Im ersten Halbjahr 2013 fand vom 21. bis 24. Mai 2013 in Durres, Albanien, die 13. Sitzung der ECG statt.

- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*

Zu 4 b:

Die Einladungen sowie die Tagesordnung wurden durch Österreich vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte durch Albanien.

- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*

Zu 4 c:

Im Vorfeld der Tagung wurden die Einladung sowie die Tagesordnung verteilt.

- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu 4 d:

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung muss als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.¹

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflichtung der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [128 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl aus folgenden Gründen erforderlich und geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen:

¹ Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Im Rahmen des Treffens wurden u. a. taktisch-operative Maßnahmen im Rahmen polizeilicher verdeckter Ermittlungen, z. B. im Internet, behandelt. Darüber hinaus wurden gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen in einem bestimmten Phänomenbereich thematisiert. Die Preisgabe von Informationen zu solchen konkreten Einsatzmitteln gegenüber der Öffentlichkeit würde das schützenswerte Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer wirksamen Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus und damit das Staatswohl erheblich beeinträchtigen.

Zum einen würde die Veröffentlichung dieser internen Vorgänge die Offenlegung sensibler polizeilicher Vorgehensweisen und Taktiken in einem äußerst gefährdungsrelevanten Bereich bedeuten. Die hier in Rede stehenden verdeckten Maßnahmen werden nur in Kriminalitätsfeldern angewandt, bei denen von einem besonderen Maß an Konspiration, Gemeenschädlichkeit und Gewaltbereitschaft ausgegangen werden muss.

Die Kenntnisaufnahme von Informationen aus dem angeforderten Bereich durch kriminelle oder terroristische Kreise würde sich sowohl auf die staatliche Aufgabenwahrnehmung im Gefahrenabwehrbereich als auch auf die Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs außerordentlich nachteilig auswirken.

Hinzu kommt zum anderen, dass eine Veröffentlichung entsprechender konkreter Inhalte von Erörterungen bestimmter Einsatzmittel mit ausländischen Polizeibehörden, wie sie in dem hier gegenständlichen Treffen behandelt wurden, das Vertrauen der internationalen Kooperationspartner in die Integrität der deutschen Polizeiarbeit nachhaltig erschüttern und die weitere Zusammenarbeit im verdeckten Polizeibereich wesentlich erschweren würde.

Mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages wurde ein Instrument geschaffen, das es den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ermöglicht, die entsprechenden Informationen einzusehen. Dem parlamentarischen Kontrollrecht wird damit im Ergebnis Rechnung getragen.

e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 4 e:

Abgesehen von der Anmeldung eines Tagesordnungspunktes wurde von deutscher Seite auf die Gestaltung der Tagesordnung kein Einfluss genommen.

f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 4 f:

Es nahmen Vertreter der jeweils national zuständigen Behörden folgender Staaten teil: Albanien (Organized Crime Directorate of Albania), Belgien (Federal Police), Bulgarien (General Directorate Counter Organized Crime), Dänemark (Danish National Police),

Deutschland (Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt), Estland (Central Criminal Police), Finnland (National Bureau of Investigation), Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department), Großbritannien (Metropolitan Police und Serious and Organized Crime Agency), Italien (Carabinieri), Kroatien (Criminal Police Directorate), Lettland (Criminal Police Department), Litauen (Criminal Police Bureau), Mazedonien (Macedonia UI Dimce Mircev), Niederlande (National Police Agency), Norwegen (Oslo Police Department), Österreich (Bundeskriminalamt Wien), Polen (Central Bureau of Investigation), Portugal (Policia Judiciara), Rumänien (General Inspectorat of Romania Police), Russland (Federal Drugs Control Service), Serbien (Criminal Police Directorate), Slowakei (Ministry of Interior), Slowenien (Police/General Police Directorate), Schweiz (Bundeskriminalpolizei), Spanien (Spanish National Police), Tschechische Republik (Criminal Police and Investigation Service), Türkei (National Police) und Ungarn (National Tax and Customs Administration).

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 4 g bis j:

Wie zu Frage 4 d ausgeführt, hatte das Treffen insbesondere die vertrauliche Erörterung von taktisch-operativen Maßnahmen im Rahmen polizeilicher verdeckter Ermittlungen sowie gemeinsame, phänomenspezifische Fortbildungsmaßnahmen, z. B. im Internet, zum Gegenstand. Hierzu leisteten auch die deutschen Vertreter Beiträge. Der Mehrwert der Veranstaltung bestand aus Sicht der Bundesregierung im Austausch von Erfahrungen und Strategien bei der Bekämpfung der genannten ausgewählten Kriminalitätsbereiche. Ausführungen im Einzelnen sind der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus den in den Ausführungen zu Frage 4d genannten Gründen (sowohl wegen der Sensibilität polizeilicher Vorgehensweisen als auch des Vertrauens der internationalen Kooperationspartner in die Integrität der deutschen Polizeiarbeit) nicht möglich. Ergänzende Ausführungen im Einzelnen müssen daher als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft

werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.²

5. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚International Working Group on Undercover Policing‘ (IWG) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 5 a bis j:

Nach Kenntnis der Bundesregierung fanden im ersten Halbjahr 2013 keine Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der „International Working Group on Police Undercover Activities“, so die korrekte Bezeichnung, statt.

6. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚International Business Secretariat‘ (IBS) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

² Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

a) *Wo wurden diese abgehalten?*

Zu 6 a:

Im ersten Halbjahr 2013 fand vom 11. bis 14. Juni 2013 in Wiesbaden die 15. Sitzung des „International Business Secretariat“ (IBS) statt.

b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*

Zu 6 b:

Die Einladungen sowie die Tagesordnung wurden durch das Vereinigte Königreich vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte durch Deutschland (BKA).

c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*

Zu 6 c:

Im Vorfeld der Tagung wurden die Einladung sowie die Tagesordnung verteilt.

d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu 6 d:

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.³

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [128 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf das

³ Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Staatswohl aus folgenden Gründen erforderlich und geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen:

Im Rahmen des Treffens wurden taktisch-operative Maßnahmen der verdeckten Ermittlung, z. B. im Internet, behandelt. Die Preisgabe von Informationen zu solchen konkreten Einsatzmitteln gegenüber der Öffentlichkeit würde das schützenswerte Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer wirksamen Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus und damit das Staatswohl erheblich beeinträchtigen.

Zum einen würde die Veröffentlichung dieser internen Vorgänge die Offenlegung sensibler polizeilicher Vorgehensweisen und Taktiken in einem äußerst gefährdungsrelevanten Bereich bedeuten. Die hier in Rede stehenden verdeckten Maßnahmen werden nur in Kriminalitätsfeldern angewandt, bei denen von einem besonderen Maß an Konspiration, Gemeenschädlichkeit und Gewaltbereitschaft ausgegangen werden muss. Die Kenntnisnahme von Informationen aus dem angeforderten Bereich durch kriminelle oder terroristische Kreise würde sich sowohl auf die staatliche Aufgabenwahrnehmung im Gefahrenabwehrbereich als auch auf die Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs außerordentlich nachteilig auswirken.

Hinzu kommt zum anderen, dass eine Veröffentlichung entsprechender konkreter Inhalte von Erörterungen bestimmter Einsatzmittel mit ausländischen Polizeibehörden, wie sie in dem hier gegenständlichen Treffen behandelt wurden, das Vertrauen der internationalen Kooperationspartner in die Integrität der deutschen Polizeiarbeit nachhaltig erschüttern und die weitere Zusammenarbeit im verdeckten Polizeibereich wesentlich erschweren würde.

Mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages wurde ein Instrument geschaffen, das es den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ermöglicht, die entsprechenden Informationen einzusehen. Dem parlamentarischen Kontrollrecht wird damit im Ergebnis Rechnung getragen.

e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 6 e:

Als Ausrichter der Tagung hat das BKA unter organisatorischen Gesichtspunkten und inhaltlich als Vortragender bei einigen Tagesordnungspunkten Einfluss genommen.

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 6 f:

Es nahmen Vertreter der jeweils national zuständigen Behörden folgender Staaten teil: Australien (Australian Federal Police), Belgien (Federal Police), Dänemark (Danish National Police), Deutschland (Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt), Finnland (National Bureau of Investigation), Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department), Großbritannien (Metropolitan Police und Serious and Organized Crime Agency), Kanada (Royal Canadian Mounted Police), Niederlande (National Police Agency), Neuseeland (National Crime Service Centre), Norwegen (National Crime Intelligence Service und Oslo Police Department), Polen (Central Bureau of Investigation), Portugal (Policia Judiciaria), Spanien (Spanish National Police), Südafrika (South African Police Service), Schweden (National Bureau of Investigation) und der Schweiz (Federal Criminal Police).

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 6 g bis j:

Das Treffen hatte insbesondere die vertrauliche Erörterung von an Legendierung ausgerichteten taktisch-operativen Maßnahmen der verdeckten Ermittlungen, z. B. im Internet, zum Gegenstand. Hierzu leisteten auch die deutschen Vertreter Beiträge. Der Mehrwert der Veranstaltung bestand aus Sicht der Bundesregierung im Austausch von Erfahrungen und Strategien bei der Legendierung Verdeckter Ermittler. Ausführungen im Einzelnen sind der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus den in den Ausführungen zu Frage 4d genannten Gründen (sowohl wegen der Sensibilität polizeilicher Vorgehensweisen wie auch des Vertrauens der internationalen Kooperationspartner in die Integrität der deutschen Polizeiarbeit) nicht möglich. Ergänzende Ausführungen im Einzelnen müssen

daher als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.⁴

7. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚Cross-Border Surveillance Working Group‘ (CSW) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

Nach Information der Bundesregierung haben im ersten Halbjahr 2013 zwei Treffen der „Cross-Border Surveillance Working Group“ (CSW) stattgefunden.

a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 7 a:

Vom 24. bis 25. März 2013 fand in Den Haag ein Treffen der „Steering Committee Group“ statt. Vom 3. bis 6. Juni 2013 fand ein Treffen aller Mitgliedsstaaten in Wien, Österreich, statt.

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Zu 7 b:

Für beide Treffen wurden die Tagesordnungen von der „Steering Committee Group“ erstellt. Das Treffen in Den Haag wurde von Europol, das Treffen in Wien von der österreichischen Polizei organisiert.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Zu 7 c:

Im Vorfeld der Treffen wurden die Tagesordnungen sowie organisatorische Informationen an die Teilnehmer versandt.

d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?

Zu 7 d:

Bei beiden Treffen wurde ein EU-Projekt zur finanziellen Unterstützung der CSW thematisiert.

⁴ Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Darüber hinaus enthielt die Tagesordnung des Treffens in Wien folgende Punkte:

- Information über die Organisation der zentralen Observationseinheiten in Österreich;
- Entstehung neuer krimineller Erscheinungsbilder;
- Darstellung der Neuorganisation von Europol;
- Erfahrungen grenzüberschreitender Zusammenarbeit der verschiedenen Mitgliedstaaten;
- Erfahrungsaustausch in Bezug auf Möglichkeiten der Interoperabilität technischer Einsatzmittel, Darstellung und Erfahrungen zur Nutzung von ANPR (Automatische Kennzeichenerfassungssysteme) in Großbritannien sowie
- Erfahrungsaustausch im Bereich der papierlosen Datenübertragung.

Darüber hinaus wurden Vertreter von Norwegen und Schweden als Gäste und zukünftige neue Mitglieder der CSW begrüßt.

e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 7 e:

Das BKA hat sich bei der Erstellung der jeweiligen Tagesordnung als Teilnehmer der Steering Group und im Rahmen der aktuellen Leitungsfunktion („Chairman“) eingebracht. Dazu wurden die Vorschläge der Teilnehmerstaaten zu Tagesordnungspunkten durch die Steering Group in die Aufstellung der Tagesordnung aufgenommen.

f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 7 f:

An dem Treffen der „Steering Committee Group“ nahmen Vertreter aus Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und von Europol teil.

Derzeit sind an der CSW Vertreter der Mobilen Einsatzkommandos bzw. vergleichbarer Einheiten aus Belgien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Spanien, Dänemark, Österreich, Italien, Finnland, Irland, Luxemburg, Deutschland und der Schweiz beteiligt. Zudem entsendet Europol einen Vertreter zu dieser Arbeitsgruppe. Ab dem zweiten Halbjahr 2013 werden zusätzlich Vertreter aus Norwegen und Schweden der CSW als Mitglieder angehören.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 7 g:

Die ergebnisoffenen Erörterungen bezogen sich auf den Austausch von „best practices“ zu den oben angegebenen Tagesordnungspunkten.

- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*

Zu 7 h:

Ein Vertreter des BKA hat einen Beitrag in Form eines Referats über ein EU-Projekt zur finanziellen Unterstützung der CSW eingebracht.

- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 7 i und j:

Die Treffen dienten insbesondere dem Austausch von Erfahrungen der verschiedenen Mobilen Einsatzkommandos der EU-Mitgliedstaaten und der damit zusammenhängenden Optimierung der Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Observationen.

8. *Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚Remote Forensic Software User Group‘ (früher ‚DigiTask User Group‘) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?*

- a) *Wo wurden diese abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 8 a bis j:

Im ersten Halbjahr 2013 fanden keine Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der „Remote Forensic Software User Group“ statt.

9. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte zu ‚Euroanarchismus‘, Tierrechtsaktivismus, ‚No Border‘ oder ähnlichen Protestformen (Bundestagsdrucksache 17/9756), an denen Behörden der Bundesregierung teilnahmen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?
- k) Welchen weiteren ‚Informationsaustausch‘ bzw. ‚anlassbezogenen Besprechungen‘ hatten Behörden der Bundesregierung zum Thema ‚Euroanarchismus‘ im ersten Halbjahr 2013 mit welchen Behörden welcher Länder (bitte wie in Bundestagsdrucksache 17/9756 ausführen)?

Zu 9 a bis k:

Behörden der Bundesregierung haben im ersten Halbjahr 2013 nicht an Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte zu ‚Euroanarchismus‘, Tierrechtsaktivismus, ‚No Border‘ oder ähnlichen Protestformen (Bundestagsdrucksache 17/9756), teilgenommen.

10. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des EU-Projekts ‚Expert Meeting Against Right Wing Extremism‘ (EMRE) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Landesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 10 a bis j:

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte im Rahmen des EU-Projekts „Expert Meeting Against Right Wing Extremism“ (EMRE) im ersten Halbjahr 2013 vor.

11. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte im Rahmen des ‚Analysis Work File‘ (AWF) ‚Dolphin‘ bei Europol haben nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 stattgefunden?

Zu 11:

Vorbemerkung: Im Zuge der Neukonzeption der AWF-Struktur bei Europol wurde die AWF DOLPHIN 2012 aufgelöst. Die Daten der ehemaligen AWF DOLPHIN wurden ab Mai 2012 in den neuen FP (Focal Point) DOLPHIN innerhalb der AWF-Counterterrorism (CT) überführt.

- a) *Wo wurden diese abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 11 a bis j:

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte im Rahmen des Focal Points (FP) „Dolphin“ im ersten Halbjahr 2013 vor.

- k) *Wie viele Einträge (absolute Anzahl) wurden von deutschen Behörden im zweiten Halbjahr 2012 und im ersten Halbjahr 2013 an die AWF ‚Dolphin‘ zugeliefert?*

Zu 11 k:

Im zweiten Halbjahr 2012 wurden 18 Zulieferungen an den FP „Dolphin“ übermittelt. Im ersten Halbjahr 2013 wurden 13 Zulieferungen an den FP „Dolphin“ übermittelt.

12. *Wie haben sich die Quantität und Qualität von Datenlieferungen deutscher Behörden an Europol in den letzten zwei Jahren entwickelt?*

Zu 12:

Ausgehend von der aktuellsten statistischen Erfassung Europol's (Stand: 31. März 2013) hat sich der deutsche Datenbestand mit 30.666 erfassten Daten in den letzten zwei Jahren verringert. Im März 2011 betrug der deutsche Datenbestand 55.614 erfasste Daten im EIS.

- a) *Wie viele Einträge (Objekte und Personen) hat das ‚Europol Information System‘ (EIS) im ersten Halbjahr 2013, wie teilen sich diese nach Kriminalitätsbereichen auf, wer hat die Daten jeweils eingestellt, wie viele Daten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von welchem Mitgliedstaat gelöscht und welche Mitgliedstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung wie viele Abfragen vorgenommen (sofern die Daten für das erste Halbjahr 2013 noch nicht vorliegen, bitte den letztmöglichen Stand angeben)?*

Zu 12a:

Der Datenbestand an Objekten und Personen im EIS beträgt insgesamt 182.118 (Stand: 31. März 2013). Die im EIS eingestellten Daten sind gemäß den Mandatsbereichen von Europol zugeordnet und wie folgt enthalten: Drogenhandel (34 Prozent), Geldfälschung (14 Prozent), Raub (12 Prozent), Illegale Einwanderung (12 Prozent) und Betrug (7 Prozent). Deutschland zählt zu den Hauptnutzern des EIS. Informationen zum Nutzungs- und Abfrageverhalten durch andere EU-Mitgliedstaaten liegen nicht vor. Eine konkrete aktuelle Einzelstatistik zur Löschung von Daten im EIS ist im Bundeskriminalamt nicht bekannt. Deutschland hat im ersten Quartal 2013 insgesamt 8.609 Suchanfragen an das EIS gerichtet.

- b) *Welche Länder benutzen mittlerweile den ‚data loader‘ für Informationssysteme von Europol?*

Zu 12 b:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen nutzen neben Deutschland mittlerweile zwölf weitere Mitgliedstaaten (Niederlande, Dänemark, Spanien, Belgien, Schweden, Frankreich, Italien, Portugal, Slowakei, Polen, das Vereinigte Königreich und Litauen) einen sog. „Data Loader“, um Informationen aus ihren jeweiligen nationalen Datenbeständen an das EIS zuzuliefern.

13. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte im Rahmen des ‚Southern European Law Enforcement Center‘ (SELEC) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 13 a:

Gemäß der Bundesregierung vorliegenden Informationen hat am 28. Mai 2013 in Bukarest, Rumänien, im Headquarter von SELEC, die 6. Tagung des SELEC stattgefunden.

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Zu 13 b:

Die Vorbereitungen erfolgten durch SELEC.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Zu 13 c:

In Vorbereitung der Tagung wurden durch SELEC die vorläufige Tagesordnung und diverse Anmeldeformulare übersandt.

d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?

Zu 13 d:

Die im Rahmen der Einladung übermittelten vorläufigen Tagesordnungspunkte sind im Folgenden aufgeführt. Informationen über die endgültigen Tagesordnungspunkte liegen der Bundesregierung nicht vor.

- Approval of the Minutes of the 5th Council Meeting
- Approval of the draft Agenda of the 6th Council Meeting
- Presentation and approval of the Annual Activity Report for 2012
- Presentation and approval of the Annual Action Plan for 2013
- Presentation of the Audit Report of SELEC for 2012
- Presentation of the Conclusions of the 2nd Financial Consultative Group Meeting
- Proposal for the SELEC revised Budget of for year 2013 - Discussions and approval
- Proposal for the Budget of the SELEC for year 2014 - Discussions and approval

- Proposal for SELEC Five-year Financial Plan 2013-2017 – discussions and approval
 - Agreements with SELEC Partners - discussions and approval
 - Draft Memorandum of Understanding between SELEC and WCO
 - Draft Cooperation Agreement between SELEC and the Republic of Italy
 - Draft Cooperation Agreement between SELEC and Kingdom of Saudi Arabia
 - Draft Cooperation Agreement between SELEC and CARICC
 - Letter of Intent between SELEC and JT International SA
 - Draft Practical Cooperation Arrangements between IAEA and SELEC – *info point*
 - Memorandum of Understanding between SELEC and UNODC – *info point*
 - Slovenia withdrawal from SELEC Convention – *info point*
 - EU Project „Information Networks along the Heroin Route“ – *info point*
 - Other application for Observer and Operational Partner with SELEC
 - Draft Headquarters Agreement between Romania and SELEC – discussions and approval
 - Tour de table regarding the ratification process of the Protocol on Privileges and Immunities of SELEC
 - Closing remarks
 - Issues for the next Council meeting
-
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
 - f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
 - g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
 - h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*
 - i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
 - j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?“*

Zu 13 e bis j:

Es fand keine Teilnahme von Behörden der Bundesregierung statt, eine Beantwortung der Teilfragen e) bis j) entfällt daher.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus Kenntnis von drei im ersten Halbjahr 2013 stattgefundenen SELEC-Task Force-Meetings (19th Anti-Drug Trafficking, 13th Anti-Fraud and Anti-Smuggling und 3rd Environmental and Nature Crimes). Auch hieran

erfolgte keine Teilnahme von Behörden der Bundesregierung. Die Tagesordnungen sind als Anlage 1 beigelegt.

14. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Plattform von Polizeien aus Südosteuropa 'Police Equal Performance' (PEP) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 14 a:

Das BKA hat mit Beobachterstatus am 29. Januar 2013 an einem PEP-Workshop zum Thema „Manual for the assessment of Code of Conduct – best practices in law enforcement authorities“ in Brüssel, Belgien, teilgenommen.

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Zu 14 b:

Die Einladung wurde durch die ständige Vertretung Frankreichs in Brüssel versandt. Eine Tagesordnung war der Einladung nicht beigelegt.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Zu 14 c:

Es wurden weder im Vorfeld noch am Tage der Veranstaltung Dokumente verteilt.

d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?

Zu 14 d:

Auf der Tagesordnung stand die Fortschreibung des Handbuchs „Manual for the assessment of Code of Conduct – best practices in law enforcement authorities“.

e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?

Zu 14 e:

Das BKA hatte keinen Einfluss auf die Tagesordnung.

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 14 f:

Es nahmen Vertreter der Innenministerien Frankreichs, Lettlands, Österreichs, Sloweniens und Spaniens teil.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 14 g:

Es wurde diskutiert, welche Gliederung und welche Inhalte das „Manual for the assessment of Code of Conduct – best practices in law enforcement authorities“ haben soll.

- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*

Zu 14 h:

Das BKA hatte keinen Beitrag geleistet. Auf den Beobachterstatus wird hingewiesen.

- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*

Zu 14 i:

Das unter 14 g) benannte Dokument soll in den folgenden Besprechungen weiter aufgearbeitet werden. Darüber hinausgehende konkrete Absprachen oder Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 14 j:

Der zentrale Punkt war, das unter 14g) benannte Dokument zu optimieren.

- k) *Welche ‚Defizite in der polizeilichen Arbeit‘ wurden im PEP bislang bezeichnet und bewertet?*
l) *Inwiefern sind im PEP erfasste Kriminalitätsbereiche mittlerweile festgelegt?*

Zu k und i:

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

15. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des ‚Maritime Analysis and Operations Centre‘ (MAOC) in Lissabon, das von der EU-Kommission finanziell gefördert wird und an dem sowohl die USA mit der ‚Joint Interagency Task Force South‘ (JIATFS) als auch Europol, die Vereinten Nationen sowie das ‚European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction‘ (EMCDDA) als Beobachtende teilnehmen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 15 a bis j:

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Seit dem 26. September 2012 besitzt die Bundesregierung in dem genannten Gremium keinen Beobachterstatus mehr und nimmt seit diesem Zeitpunkt nicht mehr an Sitzungen teil.

16. Mit welchen ‚Drittstaaten‘ oder Institutionen kooperiert die EU-Polizeiagentur Europol derzeit in strategischen, operativen oder sonstigen Abkommen zur Zusammenarbeit?

Zu 16:

Eine aktuelle Liste der Drittstaaten und -stellen, mit denen Europol ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen hat, kann auf der Internetseite www.europol.europa.eu eingesehen werden.

a) *In welche ‚Drittstaaten‘ hat Europol Verbindungsbeamte entsandt?*

Zu 16 a:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen hat Europol Verbindungsbeamte nach Lyon, Frankreich, zur IKPO-Interpol und nach Washington D.C., USA, entsandt.

b) *Mit welchen ‚Drittstaaten‘ oder Institutionen wurden im 1. Halbjahr 2013 Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen?*

Zu 16 b:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen wurde am 7. Juni 2013 zwischen Europol und Liechtenstein ein operatives Abkommen geschlossen, für dessen Inkraftsetzung es jedoch noch der Ratifizierung durch das Parlament in Liechtenstein bedarf. Im ersten Halbjahr 2013 hat die EU-Agentur Europol zudem ein operatives Kooperationsabkommen mit der Republik Moldau abgeschlossen.

c) *Welchen konkreten Inhalt haben die geschlossenen Abkommen?*

Zu 16 c:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ermöglicht der Abschluss eines operativen Abkommens Europol den Austausch von personenbezogenen Daten mit Drittstaaten und -stellen. Zudem enthält es Regelungen für die Einrichtung eines Verbindungsbüros bei Europol.

d) *Für welche Abkommen hat der Verwaltungsrat von Europol oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt und worin lagen etwaige Gründe?*

Zu 16 d:

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen wurden im ersten Halbjahr 2013 keine Abkommen zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten und -stellen geschlossen, zu denen der Verwaltungsrat von Europol oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt hat.

Frage 17:

Wie viele Personen arbeiten derzeit in welchen Tätigkeitsbereichen für das ‚EU Intelligence Analysis Centre‘ (EU INTCEN)?

- a) *Welche Lageberichte wurden vom INTCEN im 1. Halbjahr 2013 erstellt und wie haben Behörden der Bundesregierung hierzu beigetragen?*
- b) *Worin bestehen die Arbeitsbeziehungen zur ‚Terrorism Working Group‘ (TWG) und Europol?*

Zu 17 a bis b:

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Gründen der Vertraulichkeit nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „VERSCHLUSSACHE –NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft werden und kann der übermittelten Anlage 2 / Antwort zu Frage 17 entnommen werden.

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [123 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf die notwendige Wahrung der Integrität der nachrichtendienstlichen Aufgabenerfüllung und Zusammenarbeit notwendig. Die Beantwortung in der gewählten Form ist dennoch geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen.

18. Inwiefern ist beabsichtigt, dass sich der ‚Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit‘ (COSI) zukünftig stärker mit ‚Terrorismusbekämpfung‘ befasst, hierzu womöglich regelmäßig Lageberichte des geheimdienstähnlichen ‚Intelligence Centre‘ (INTCEN) erhält und welche Haltung vertritt die Bundesregierung in dieser Frage?

Zu 18:

Über die Befassung des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der Inneren Sicherheit (COSI) mit Themen aus dem Bereich der Terrorismusbekämpfung haben sich die EU-Mitgliedstaaten im COSI am 12. Juni 2013 ergebnisoffen ausgetauscht. Die Bundesregierung hat hierzu bislang keine abschließende Haltung eingenommen.

19. Welche neuen bilateralen oder multilateralen Abkommen im Bereich Justiz und Inneres haben welche Behörden der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 mit Regierungen welcher Länder verhandelt oder erfolgreich abgeschlossen.

Zu 19:

Am 31. Mai 2013 wurde das Abkommen zwischen der Bundesregierung und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich unterzeichnet.

Die Bundesregierung hat zudem der Arabischen Republik Ägypten im Frühjahr 2013 den Entwurf eines entsprechenden Abkommens übersandt. Die Antwort der ägyptischen Seite mit entsprechenden Gegenvorschlägen wird derzeit innerhalb der Bundesregierung geprüft.

Hinsichtlich weiterer, noch andauernder Verhandlungen wird auf die Beantwortung zu Frage 13 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/12427 verwiesen.

20. Welche neuen bilateralen oder multilateralen Abkommen im Bereich Justiz und Inneres haben welche Stellen der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2013 mit Regierungen welche Ländern verhandelt oder erfolgreich abgeschlossen?

Zu 20:

Auf Grundlage des Verhandlungsmandats des JI-Rates vom 2. Dezember 2010 (gleichlautende Mandate auch für PNR-Abkommen mit USA und Australien, die bereits 2012 in Kraft getreten sind) hat die EU-Kommission im Januar 2011 Verhandlungen mit Kanada über ein PNR-Abkommen zwischen der EU und Kanada begonnen. Ein

Abkommensentwurf wurde den Mitgliedstaaten erstmals am 19. März 2013 vorgelegt. Die Europäische Kommission hat das Abkommen am 6. Mai 2013 paraphiert.

Der nationale Grenzdienst der Republik Aserbaidschan und die EU-Agentur FRONTEX haben am 16. April 2013 ein Arbeitsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen trat am 17. April 2013 in Kraft.

Im Jahr 2013 dauern zudem Verhandlungen zu operationellen Kooperationsabkommen von Europol mit folgenden Staaten an: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Israel, Montenegro, Peru, Russische Föderation, Serbien, Türkei und Ukraine. Strategische Kooperationsabkommen werden verhandelt mit China und Marokko.

Des Weiteren wird auf die Beantwortung zu Frage 16 b) verwiesen.

21. Welche ‚Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit‘ (PCCC) existieren derzeit innerhalb der EU bzw. welche weiteren sind im Aufbau begriffen?

Zu 21:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 14 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. verwiesen.

22. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der EU-weiten polizeilichen Netzwerke AQUAPOL (Schifffahrt), TISPOL (Verkehr), RAILS (Schienentransporte), AIRPOL (Flughäfen) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 17/12427 angeben)?

I. RAILPOL/RAILS:

a) Wo wurden diese abgehalten?

Zu 22 a:

Im ersten Halbjahr 2013 fand eine Sitzung der RAILPOL Strategic Conference in London statt.